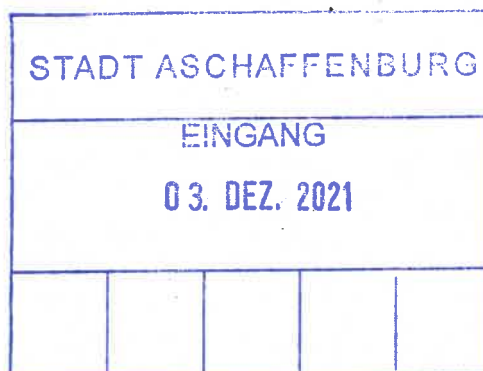


KI* – c/o Johannes Büttner, Bergstraße 6, 63743 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister
Jürgen Herzing
(per mail)



Änderungsantrag TOP 14 - Plenum am 6.12.2021

03.12.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der Kommunalen Initiative (KI) stelle ich hiermit folgende zusätzliche
Änderungsanträge zu TOP 14 - Änderung der Verbandssatzung des
Zweckverbandes Klinikum Aschaffenburg-Alzenau.

Folgende Änderungen sollen eingefügt werden (rot bzw. fett/kursiv)

§ 3 Aufgaben ...

3. (3) Der Zweckverband hat den Krankenhausbetrieb sowie die Errichtung, den Unterhalt und den Betrieb weiterer Einrichtungen mehreren GmbHs übertragen, an denen er unmittelbar oder mittelbar - soweit kommunalrechtlich zulässig - beteiligt ist. **Diese GmbH's bleiben in der Tarifbindung des TVöD.** Der Krankenhausbetrieb umfasst dabei auch die Errichtung neuer Gebäude sowie Erweiterungs- und Umbauten an den bestehenden Krankenhäusern.

info@kommunale-
initiative.de

Bankverbindung:
Sparkasse Aschaffenburg
IBAN: DE67795500 0000
05178801
BIC: BYLADEM1ASA

www.kommunale-
initiative.de

*Die basisdemokratische
Liste im Stadtrat von
Aschaffenburg
*unbequem aus
Verantwortung!

§ 6 Überleitung des Personals und Dienstherreneigenschaft

1. (1) ... (Formulierung wird korrigiert: *Der Zweckverband hat mit der Übernahme des Standortes Alzenau das dortige Personal übernommen und ist in die insoweit bestehenden Dienstverhältnisse und Arbeitsverträge des beschäftigten Personals ein. (?) - sollte wahrscheinlich heißen: und ist in die ... eingetreten.*)
- 1.
2. (2) Der Zweckverband hat das nicht beamtete Personal an die Klinikum Aschaffenburg- Alzenau gemeinnützige GmbH übergeben. Die Klinikum Aschaffenburg-Alzenau gemeinnützige GmbH ist auch in die bestehenden Dienstverhältnisse und Arbeitsverträge des bei dem Krankenhauszweckverband beschäftigten Personals eingetreten. Das übergebene Personal wird entsprechend seiner bisherigen Stellung in der

Mitglied bei attac und
Mehr Demokratie e.V.

Klinikum Aschaffenburg-Alzenau gemeinnützige GmbH weiterbeschäftigt. **Diese gemeinnützige GmbH und alle weiteren ausgegliederten GmbH's bleiben in der Tarifbindung des TVöD.** Näheres regelt ein Personalüberleitungsvertrag.

Begründung: Die ungleiche Behandlung von Beschäftigten im Klinikum Aschaffenburg-Alzenau in den verschiedenen GmbH's ist zu korrigieren. Das Prinzip, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, soll für alle Bereiche der im Klinikum Aschaffenburg-Alzenau beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten.

Mit diesen Änderungen wird auch der Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 4.10.2020 erfüllt. Er fordert, für alle Beschäftigten den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) zur Anwendung zu bringen. Dazu gehört auch das Tochterunternehmen Klinik Service Aschaffenburg KSA GmbH und andere Tochterunternehmen der gemeinnützigen GmbH Klinikum Aschaffenburg-Alzenau.

Die sozial denkenden Stadträtinnen und Stadträte haben recht, wenn sie fordern: Innovationen in einem modernen Klinikum dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten umgesetzt werden.

In dieser „Corona-Krise“ mit ihren offensichtlichen Versorgungsmängeln wirkt sich deutlich aus, was auch international und auch im deutschen Gesundheitssystem falsch läuft: über 30 Jahre neoliberale bzw. ökonomisierte Gesundheitspolitik haben das Öffentliche Gut Gesundheitsversorgung mehr und mehr in ein profitables Anlagefeld für private Klinikkonzerne und ihre Investoren verwandelt. Beahlt werden die Dividenden der Anteilseigner mit Beiträgen aller Versicherten. Die lukrativen Behandlungsfelder werden immer weiter in private Fachkliniken verlagert. Ein Bilderbuchbeispiel für neoliberales Rosinenpicken. Die Verlierer sind die großen Allgemeinkrankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft wie unser Klinikum. Ausgliederungsprozesse in private GmbH's wie die KSA tun das Ihre dazu. Entscheidender Hebel für diese Entwicklung war die Einführung der Fallpauschalen (DRG-System). Bis wir dem Ziel näherkommen, das DRG-System abzuschaffen, verbunden mit einer bedarfsgerechten und auskömmlichen öffentlichen non-Profit-orientierten Finanzierung und der Krankenhäuser, dürfen wir nicht versuchen, mit den privaten Fachkliniken zu wetteifern. Wir müssen für ein solidarisches Gesundheitssystem in öffentlicher Hand streiten, in der die Menschen – Beschäftigte wie Patienten – nicht mehr Nebensache sind. Gesundheit ist keine Ware!

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Büttner
Stadtrat